



POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

September 2003

ÜBERSICHT

- **Papst Johannes Paul II. besucht die Slowakei**
- **Atempause im Streit um das Abtreibungsgesetz**
- **Pavol Rusko folgt Robert Nemcsics als Wirtschaftsminister**
- **Abberufung von Verteidigungsminister Ivan Šimko**

Papst Johannes Paul II. besuchte die Slowakei

Schon zum dritten Mal nach 1990 und 1995 reiste Papst Johannes Paul II. vom 11. bis 14. September in die Slowakei. Er besuchte die Städte Trnava (11. 9.), Banská Bystrica (12.), Rožnava (13.) und Bratislava (14. September). Zur Begrüßung und Verabschiedung am Flughafen Bratislava, aber auch zu den vom Papst zelebrierten Messfeiern kamen neben den höchsten politischen Repräsentanten des Landes, Staatspräsident Rudolf Schuster, Premierminister Mikuláš Dzurinda und Parlamentspräsident Pavol Hrušovský, jeweils auch zahlreiche andere Regierungsmitglieder und Spitzenpolitiker. Mehr als fünftausend Polizisten waren für die Sicherheit der viertägigen Reise im Einsatz. Auch rund tausend ausländische Journalisten waren ins Land gekommen und machten den Besuch, neben dem EU-Referendum im Frühling 2003 und den Parlamentswahlen 1998 und 2002, zum international am meisten beachteten slowakischen Medienereignis der letzten Jahre. Die internationalen Medien konzentrierten sich aber in ihrer Berichterstattung weniger auf die Slowakei als auf den Gesundheitszustand des Papstes. Das Oberhaupt der katholischen Kirche machte nämlich vor allem zu

Beginn einen gesundheitlich sehr geschwächten Eindruck. Sein Zustand verbesserte sich aber im Laufe der Reise sichtlich.

Hunderttausende Menschen, auch aus den Nachbarländern Polen, Ungarn, Tschechien und Österreich, besuchten die vom Papst zelebrierten Messfeiern und säumten die Straßen, durch die er fuhr. Allein zur abschließenden Messe in Bratislava-Petržalka am 14. September kamen rund eine Viertelmillion Besucher. Von Fernsehsendern befragte slowakische Teilnehmer ließen sich vom ausgezeichneten Slowakisch des Papstes beeindrucken und zeigten sich erschüttert über dessen schlechten Gesundheitszustand. Übereinstimmend mit den katholischen Bischöfen erwarteten sie sich vom Papstbesuch eine „religiöse Erneuerung“ des Landes. Der Papst selbst warnte in seinen vorbereiteten Reden, die er wegen seiner schwach gewordenen Stimme meist von Bischöfen verlesen ließ, vor Materialismus im künftigen erweiterten Europa. Die Slowaken und anderen künftigen EU-Mitglieder sollten nicht allein auf den ökonomischen Vorteil der EU-Erweiterung achten: „Großer Reichtum kann in der Tat auch große Armut hervorrufen“, mahnte er wörtlich. Wichtig sei daher der „Respekt vor dem menschlichen Leben in allen seinen Formen“. Es gehe darum, die Familien zu fördern und den Schwachen in der Gesellschaft zu helfen.

Der Papstbesuch fiel in eine Zeit heftiger Diskussionen um die traditionell starke politische Position der katholischen Kirche im Land. Die Verträge mit dem Vatikan u.a. über die Finanzierung der katholischen Kirche und des katholischen Privatschulwesens wurden von einem Teil der Medien kritisiert. Das oberste Slowakische Gericht sprach in einer Stellungnahme von einer „positiven Diskriminierung“ der Mehrheitsreligion gegenüber religiösen Minderheiten und Nichtgläubigen. Die katholischen Bischöfe nutzten die Sympathien der Bevölkerung gegenüber dem Papst vor allem für ihren Kampf gegen das bestehende Abtreibungsrecht. Diözesanbischof Rudolf Baláž in Banská Bystrica und Erzbischof Ján Sokol in Bratislava konkretisierten die Botschaft des Papstes, indem sie sie in noch deutlicheren Worten auf den seit Monaten innerhalb der Slowakei tobenden Streit über das liberale Abtreibungsgesetz zuspitzten: „Menschliche Eingriffe in das von Gott gegebene Leben“ seien zu verurteilen, weil sie in eine „Kultur des Todes“ führten. Am Rande der Begrüßung des Papstes protestierten Homosexuelleninitiativen gegen deren Diskriminierung durch die katholische Kirche.

Unüberhörbar waren in den Worten des Papstes und der Bischöfe die Hinweise auf den Kampf um eine weltliche versus geistliche Orientierung der künftigen erweiterten Europäischen Union. Schon vor seiner Reise hatte der Papst mehrfach darauf hingewiesen, dass er von Ländern wie der Slowakei und Polen erwarte, dass sie zur religiösen Erneuerung des „verweltlichten“ westlichen Europa beitragen würden. Genugtuung äußerte er während seiner Slowakei-Reise

wiederholt über die Überwindung des Kommunismus, den er als „das atheistische Regime“ charakterisierte. Aus diesem historischen Erfolg und daraus, dass sie von den aus dem Westen bekannten inneren Kämpfen zwischen traditioneller Hierarchie und „Modernisierern“ bisher verschont geblieben ist, will die katholische Kirche die Kraft zur Überwindung der Gefahr des westlichen Materialismus schöpfen. Symbolhaft dafür war die Wahl des Ortes für eine Messfeier in Banská Bystrica in der Mittelslowakei. Vertreter von Staat und Kommunen hatten die Papstmesse ursprünglich aus verkehrstechnischen und Kostengründen außerhalb des Stadtzentrums abhalten wollen, die Kirche bestand aber auf dem Hauptplatz. Sowohl Bischof Baláž als auch der Papst wiesen vor zehntausenden Gläubigen auf die Symbolkraft des Platzes für die Überwindung des „alten atheistischen Regimes“ hin, dessen Vergänglichkeit eine Mahnung für alle Menschen sein sollte: Als nämlich 1964 Nikita Chruschtschow die Stadt besuchte, musste eine traditionelle Marienstatue verschwinden, die den Platz dominierte. Nach der Wende des Jahres 1989 kam die Statue zurück und gilt seitdem als Symbol dafür, dass in der Slowakei der Katholizismus letztendlich stärker sei als jede weltliche Ideologie.

Einer der Höhepunkte der Reise waren schließlich zwei Seligsprechungen im Rahmen der Abschlussmesse: Sowohl der griechisch-katholische Bischof Vasil' Hopko (1904-1976) als auch die Ordensschwester Zdenka Cecília Schelingová (1916-1955) wurden vor allem für ihre Rolle als Opfer des Kommunismus selig gesprochen. Die Seligsprechung Hopkos gilt auch als besonderes Signal der Anerkennung an die griechisch-katholische Kirche. Sie ordnet sich zwar dem Papst unter, pflegt aber einen von der römisch-katholischen Kirche abweichenden Ritus. 1950 wurde diese Kirche vom kommunistischen Staat aufgelöst und sollte in die orthodoxe Kirche integriert werden. Bischof Vasil' Hopko, der sich dieser Auflösung widersetzte, wurde verhaftet und erst 1964 aus dem Gefängnis entlassen, als er infolge der Haftbedingungen bereits schwer erkrankt war. Er starb 1976 in Prešov. Zdenka Cecília Schelingová hatte sich als Mitarbeiterin eines Krankenhauses in Bratislava am gescheiterten Versuch der Fluchthilfe für inhaftierte Priester beteiligt und wurde deshalb im Jahr 1952 verhaftet und zu 12 Jahren Haft verurteilt. Auch sie erkrankte im Gefängnis schwer und wurde deshalb schon 1955 vorzeitig entlassen, starb aber noch im selben Jahr.

Atempause im Streit um das Abtreibungsgesetz

Im seit Monaten andauernden Streit um das geltende liberale Abtreibungsrecht kam es im Vorfeld des Papstbesuches zu einer vorläufigen Entspannung. Das Verfassungsgericht hat nämlich sein für 4. September 2003 vorgesehenes und voraussichtlich negatives Urteil über einen Teil des bestehenden liberalen Abtreibungsrechts auf unbestimmte Zeit verschoben. Die mit regierende und der

katholischen Kirche nahe stehende „Christlich-Demokratische Bewegung“ (KDH) hatte beim Verfassungsgericht gegen eine formaljuristisch schlecht abgesicherte Verordnung geklagt, nach der - im Falle schwerer genetischer Schäden des Embryos - eine Abtreibung bis zur 24 (statt der sonst geltenden 12) Schwangerschaftswoche erlaubt ist. Ihr liberaler Regierungspartner „Allianz des Neuen Bürgers“ (ANO) hatte dagegen eine Novelle des Abtreibungsgesetzes ins Parlament eingebracht, die dieses Recht juristisch haltbarer formuliert und damit die Verfassungsklage der KDH unterläuft. Obwohl die ANO für diesen Gesetzesvorschlag keine Zustimmung von ihren drei Koalitionspartnern erhielt, hatte sie ihn mit Hilfe der Opposition im Parlament durchgesetzt. Dagegen protestierten neben der KDH auch die beiden größeren Regierungsparteien „Slowakische Demokratische und Christliche Union“ (SDKÚ) und „Partei der Ungarischen Koalition“ (SMK). Nachdem wegen des Abtreibungsstreits beinahe die Regierungskoalition auseinander gefallen wäre und Staatspräsident Rudolf Schuster das Gesetz durch sein Veto vorläufig blockiert hatte, zog die ANO ihren Gesetzesvorschlag vorläufig wieder zurück. Sie will ihn zwar im Oktober wieder einbringen, hat aber inzwischen geringere Chancen, die notwendige Mehrheit von 76 der 150 Parlamentariern zur Überwindung des Präsidentenvetos zustande zu bringen.

Pavol Rusko folgt Robert Nemcsics als Wirtschaftsminister

Neben dem Abtreibungsstreit gab es innerhalb der Regierungskoalition seit Monaten auch Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und ANO darüber, wer die Verantwortung für die illegale Abhörung von ANO-Chef Pavol Rusko und Journalisten der Tageszeitung „Sme“ trägt. Parallel dazu beklagte sich Rusko darüber, dass die (dem von der KDH gestellten Innenminister Vladimír Palko unterstehende) Polizei seit einigen Monaten seine früheren Geschäftspraktiken als mächtiger Medienmagnat untersucht und sich dabei angeblich von politischen Motiven leiten lasse. Teile der ANO empfanden diese Konflikte Ruskos mit seinen Koalitionspartnern allmählich als dermaßen belastend, dass sie sich von Rusko öffentlich distanzieren: Der Bürgermeister von Poprad und ANO-Parlamentsabgeordnete Anton Danko trat aus der Fraktion aus und Wirtschaftsminister Robert Nemcsics und Verkehrs-Staatssekretär Branislav Opaterný kritisierten Rusko in Zeitungsinterviews öffentlich. Darauf hin ließ dieser sowohl den Minister als auch den Staatssekretär per Parteivorstandsbeschluss absetzen. Als neuen Wirtschaftsminister nominierte die ANO ihren Parteichef Rusko selbst. Premier Dzurinda akzeptierte diese Nominierung Anfang September, nachdem er zunächst vergeblich die Abberufung von Nemcsics hinausgezögert hatte. Die Nachfolge von Staatssekretär Opaterný war bei Abschluss dieses Berichts (23. September) noch nicht geklärt. Es ist aber anzunehmen, dass

Verkehrsminister Pavol Prokopovič den am 22. September vom ANO-Vorstand nominierten Regionalpolitiker Mikuláš Kačaljak als Nachfolger akzeptiert.

Rusko gilt als die polarisierendste Persönlichkeit der Mitte-Rechts-Koalition aus drei christlichdemokratischen und einer liberalen Partei. Er war Mitte der Neunzigerjahre zu einem der mächtigsten Männer der Slowakei aufgestiegen. Der von ihm 1996 gegründete Privatsender „TV Markíza“ hatte schon unmittelbar nach Sendestart weit mehr Zuschauer als alle Konkurrenzsender zusammen. 1998 hatte TV Markíza wesentlichen Anteil an der Wahlniederlage der von NATO und der Europäischen Union isolierten Regierung unter Premierminister Vladimír Mečiar. Der heutige Staatspräsident Rudolf Schuster gelangte nicht zuletzt dank Ruskos Unterstützung ins Amt. Für die Wahlen im September 2002 gründete Rusko schließlich eine eigene Partei, eben die ANO, die er großteils aus eigener Tasche finanzierte. Im Wahlkampf attackierte er Dzurinda - wieder von TV Markíza unterstützt - massiv. Unter anderem bezeichnete er Dzurinda als ebenso von Skandalen belastet und daher nicht als Koalitionspartner akzeptabel wie Mečiar. Doch Dzurinda ging aus den Wahlen als überraschender Sieger hervor - und Rusko musste froh sein, seine Partei als Juniorpartner in der wieder von Dzurinda geführten Vierparteienkoalition unterbringen zu können. Er selbst wurde nur einer der stellvertretenden Parlamentspräsidenten. Um den Vergleich „slowakischer Berlusconi“ endlich los zu werden und glaubwürdig seine Medienmacht von der neuen Rolle als Politiker zu trennen, verkaufte er seine Markíza-Anteile. Damit gewann er zwar tatsächlich an Respekt bei vielen seiner bisherigen Kritiker, verlor aber mit dem Fernsehsender auch viel von seinem politischen Einfluss.

Abberufung von Verteidigungsminister Ivan Šimko

Noch bevor die Nachfolge von Wirtschaftsminister Nemcsics geklärt war, erfolgte Mitte September der nächste politische Paukenschlag - diesmal im Lager der christlichdemokratischen Parteien. Premierminister Mikuláš Dzurinda entließ seinen Verteidigungsminister und ehemaligen engen Vertrauten Ivan Šimko aus der Regierung. Šimko hatte sich geweigert, in einer Regierungssitzung einer für Dzurinda wichtigen Entscheidung zuzustimmen: Dzurinda wollte nämlich in einer regierungsinternen Abstimmung den Chef des „Nationalen Sicherheitsamtes“ (NBÚ), Ján Mojžiš, absetzen und durch eine Person seines Vertrauens ersetzen lassen. Weil aber nicht nur zwei der vier Koalitionsparteien die Zustimmung verweigerten, sondern auch sein eigener Parteifreund Šimko, erreichte Dzurinda keine ausreichende Mehrheit. Daraufhin rief er noch am selben Abend (10. September) eine Präsidiumssitzung der SDKÚ zusammen und erhielt darin die Zustimmung zur Absetzung Šimkos. Ivan Šimko gehörte zu den Mitbegründern der von Dzurinda geführten SDKÚ.

Das „Nationale Sicherheitsamt“ (NBÚ) ist dafür zuständig, jene Personen auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu überprüfen, die mit Staatsgeheimnissen in Berührung kommen können. Vor allem in Hinblick auf den bevorstehenden NATO-Beitritt der Slowakei ist das NBÚ zu einer mächtigen Institution geworden, die auch etablierten Politikern ihre weitere Karriere verbauen kann. Als „nicht ausreichend vertrauenswürdig“ für hohe Staatsämter stuft das NBÚ nämlich nicht nur Personen ein, die in der Vergangenheit mit dem kommunistischen ŠtB ("Staatsicherheit") kooperierten, sondern auch solche, die begründetem Korruptionsverdacht ausgesetzt waren. – „Und das ist ja schon fast jeder, der in den vergangenen Jahren politisch eine Rolle spielte“, behauptete jüngst ein Geheimdienstkenner in einem Zeitungsinterview. Die Medien spekulierten zuletzt intensiv über die Hintergründe für Dzurindas langfristiges Bemühen, Mojžiš als NBÚ-Chef abzusetzen, obwohl dieser sich auf das Vertrauen der künftigen NATO-Bündnispartner USA und Großbritannien berufen kann: In Dzurindas Umfeld seien zu viele für hohe Posten vorgesehene Leute von Korruptionsverdacht belastet und würden daher den strengen Kriterien des NBÚ nicht standhalten, lautete der wiederholt geäußerte Verdacht. In Dzurindas Lager hingegen heißt es, Mojžiš stehe selbst unter dem Einfluss von Lobby-Interessen und missbrauche seine Macht. Dass Dzurinda aber als neuen NBÚ-Chef den zu seiner Partei gehörenden jetzigen Innen-Staatssekretär Martin Pado durchsetzen wollte, sorgte auch unter seinen Koalitionspartnern für Kritik: Als größte Regierungspartei sei die SDKÚ für die meisten Postenbesetzungen zuständig. Dass sie über das NBÚ zugleich auch die Kontrolle dieser Postenbesetzungen für sich allein beanspruche, sei daher nicht akzeptabel, kritisierte Vizepremier Pál Csáky von der Ungarn-Partei SMK. KDH-Vorsitzender Pavol Hrušovský und SMK-Parteichef Bela Bugar kritisierten ebenfalls öffentlich, dass Dzurinda „eine gespannte Atmosphäre in der Koalition“ erzeuge, indem er mit „zweifelhaften Methoden“ eine Machtkonzentration der SDKÚ zu erreichen. Bugar und Hrušovský äußerten außerdem die Sorge, die Mitte-Rechts-Koalition werde ihre Parlamentsmehrheit zumindest formell verlieren. Nachdem nämlich Danko und Nemcsics die ANO-Fraktion verlassen haben und ihr auch Opaterný nach seiner Rückkehr ins Parlament nicht mehr angehören will, gehören künftig nur mehr 75 der 150 Abgeordneten zu einer der vier Koalitionsparteien. Von Šimko wird seiner Rückkehr ins Parlament erwartet, dass er in der SDKÚ-Fraktion bleibt. Dzurinda reagierte auf die Kritik von KDH und ANO mit dem Angebot, statt Pado doch einen auch für die Koalitionspartner akzeptablen NBÚ-Chef zu nominieren, falls diese der Absetzung von Mojžiš zustimmen würden.

Staatspräsident Rudolf Schuster kritisierte zwar den überraschenden SDKÚ-Vorstandsbeschluss zur Absetzung Šimkos. Er kann den Ministerwechsel aber nicht ablehnen. Voraussichtlich wird er Ende September zugleich mit der Ernennung Ruskos als Wirtschaftsminister auch den Wechsel im Verteidigungsressort formell vollziehen. Bei Abschluss dieses Berichts (23.



September) galt als wahrscheinlich, dass der bisherige Bürgermeister der nordwestslowakischen Stadt Trenčín, Juraj Liška, neuer Verteidigungsminister wird.

Bratislava, den 23. September 2003

Christoph Thanei